



## Niederschrift 23. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 24.11.2016  
**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:35 Uhr  
**Ort, Raum:** Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

### **Anwesend sind:**

#### **Ausschussvorsitzender**

Herr David Kolesnyk                      SPD                                      Sitzungsleitung

#### **Ausschussmitglieder**

Frau Frauke Frehse-Sevran            anerkannter freier Träger  
Herr René Kulke                          DIE aNDERE  
Herr Thomas Liebe                      anerkannter freier Träger  
Frau Dr. Sigrid Müller                 DIE LINKE  
Herr Frank Otto                          Bündnis 90/Die Grünen  
Herr Bodo Ströber                      anerkannter freier Träger  
Herr Stefan Wollenberg                DIE LINKE

#### **stellv. Ausschussmitglieder**

Frau Katja Altenburg                    anerkannte freie Träger  
Herr Matthias Kaiser                    CDU/ANW  
Frau Monika Lahr-Eigen                Bürgerbündnis-FDP                ab 16:35 Uhr  
Frau Anna Lüdcke                        CDU/ANW  
Frau Julia Schultheiss                 anerkannte freie Träger

#### **beratende Mitglieder**

Herr Lutz Boede                         Migrantenbeirat  
Frau Dr. Kristina Böhm                 Öffentlicher Gesundheitsdienst    bis 18:30 Uhr  
Frau Sylvia Frenzel                      Kreiselternrat  
Frau Birgit von Bülow                  Amtsgericht Potsdam  
Frau Anja Mischur                        Polizeiinspektion Potsdam        ab 16:40 Uhr  
Herr Maximilian Koppe                 Jugendvertreter  
Herr Steffen Müller                      Stadtsportbund  
Herr Reinhold Tölke                      Jugendamtsleiter

#### **Beigeordneter**

Herr Mike Schubert                      Geschäftsbereich 3

## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Friederike Harnisch	CDU/ANW	entschuldigt
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Björn Karl	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	entschuldigt

### **beratende Mitglieder**

Frau Solveig Hannemann	Agentur für Arbeit Potsdam	entschuldigt
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Jasmin Gründer	Kreisschülerrat	entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Büro f.Chancengleichh./Vielfalt	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

### **Gäste:**

Frau Sabine Frenkler	AG Kita
Herr Jan-Henrik Meyer	Kitainitiative
Herr Georgios Papadopoulos	Regionale Jugendhilfe AG 3
Herr Frank Thomann	FB Soziales und Gesundheit
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Sabine Reisenweber	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Matthias Wernicke	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Andreas Bauch	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2016 und vom 13.10.2016 /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB  
VIII
- 4 Bericht der Jugendvertretung

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Novellierung Kita-Finanzierungsrichtlinie (KitaFR) 2017  
Vorlage: 16/SVV/0673  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5.2 Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam  
2016/2017  
Vorlage: 16/SVV/0615  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",  
Nummer 8: Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt  
Vorlage: 16/SVV/0684  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",  
Nummer 7: Kita- und Hortgebühren anpassen und senken  
Vorlage: 16/SVV/0682
- 5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",  
Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung  
Vorlage: 16/SVV/0691  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 6 Anträge
- 6.1 Anerkennung des Trägers Neverland gGmbH gemäß § 75 SGB VIII  
Vorlage: 16/SVV/0724  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 6.2 Nachwahl einer/s AG- HzE-Vertreterin/s für den Unterausschuss  
Jugendhilfeplanung (UA)  
Vorsitzender des Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Betreuungsqualität in Potsdamer Kitas verbessern - Reale Betreuungszeiten  
berücksichtigen  
Vorlage: 16/SVV/0704  
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 8 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass Kreiselternrat und Kreisschülerrat neue Vertreter und Vertreterinnen in den Jugendhilfeausschuss gewählt haben.

Er begrüßt Frau Sylvia Frenzel als neue Vertreterin des Kreiselternrates im

Jugendhilfeausschuss.

Jasmin Gründer und Felix Kahl wurden durch den Kreisschülerrat in den Jugendhilfeausschuss gewählt, können aber heute beide aufgrund von Parallelterminen nicht an der Sitzung teilnehmen.

#### **zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 22.09.2016 und vom 13.10.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift vom 22.09.2016 zur Abstimmung.

Herr Ströber spricht die Information zur Reform des SGB VIII an. Er hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass es eine Stellungnahme des Jugendamtes dazu gegeben haben muss, die allen JHA-Mitgliedern zur Kenntnis gegeben werden sollte. Dies ist bisher nicht erfolgt.

Herr Tölke erklärt, dass es eine Stellungnahme an den Kommunalen Spitzenverband gegeben hat. Diese Kommunikation wird üblicherweise nicht an den Ausschuss ausgereicht. Er hat in seinem Vortrag im Jugendhilfeausschuss den Tenor der Stellungnahme wiedergegeben.

Herr Otto stellt klar, dass es ihm in Bezug auf die Gleichwertigkeit der Erziehung darum ging, dass diese auch der Zugang zur Schulsozialarbeit und den flexiblen Hilfen gewährt wird. Er bittet, dass dies nochmal besprochen wird und schlägt vor, dies im Januar 2017 im Unterausschuss zu thematisieren.

Die Niederschrift vom 22.09.2016 wird einstimmig bestätigt.

Anschließend stellt Herr Kolesnyk die Niederschrift über die Sitzung vom 13.10.2016 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

Herr Kolesnyk schlägt vor, die Drucksachen 16/SVV/0684 (TOP 5.3) und 16/SVV/0704 (TOP7.1) aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs gemeinsam zu behandeln und Herrn Meyer als Vertreter der Kita-Initiative das Rederecht einzuräumen.

Herr Kolesnyk bittet zunächst um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend bittet er um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts für Herrn Meyer.

Der Erteilung des Rederechts wird einstimmig zugestimmt.

#### **zu 2 Informationen des Jugendamtes**

Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) teilt mit, dass für die Einrichtung des **Kita-Beirates** in Übereinstimmung mit der Kita-Initiative ein verkürztes Wahlverfahren durchgeführt werden soll ZU Beginn der 48. KW wird der entsprechende Elternbrief an die Träger bzw.

Kindertagesbetreuungseinrichtungen zusammen mit den Erläuterungen dazu geschickt. Danach erfolgt die Kommunikation in den Einrichtungen sowie die Rückmeldung an die Verwaltung. Spätestens in der 2. KW 2017 soll dann die Wahl durchgeführt werden.

Frau Reisenweber (FB Kinder, Jugend und Familie) informiert, dass sich mit heutigem Datum in der Landeshauptstadt Potsdam insgesamt 118 **unbegleitete minderjährige Ausländer** (umA) in Zuständigkeit des Jugendamtes befinden. Aktuell liegen keine Zuweisungen durch das MBSJ vor. Nach Aussage des MBSJ ist der Landkreis Potsdam-Mittelmark derzeit „im Fokus“, da dort die Quote der aufzunehmenden umA noch nicht erfüllt ist. Die LH Potsdam hat die Quote übererfüllt und bislang **25** umA mehr aufgenommen als für 2016 errechnet. Aktuelle Herkunftsländer sind Somalia, Sudan, Guinea, Eritrea, Äthiopien.

In der Inobhutnahme- und Clearingeinrichtung Heinrich-Mann-Allee sind mit heutigem Stand **24** männliche umA untergebracht. Aufgrund der zurückgehenden Zuweisungen durch das Land Brandenburg ist die Kapazität der Clearingeinrichtung seit dem 01.10.2016 von 37 auf 27 Plätze abgesenkt worden. In der Clearingstelle ALMA in Fürstenwalde sind in unserer Zuständigkeit **3** weibliche umA untergebracht.

Die Beschulung während der Clearingphase erfolgt weiterhin in Form eines Deutschkurses in Verantwortung der GFB, inzwischen in einem Gebäude in der Gutenbergstraße. Die weitere Beschulung bei der Unterbringung in Anschlusshilfen gestaltet sich aktuell wieder schwieriger, da Schulplätze fehlen und die Willkommensklassen nicht immer dem Bedarf und dem Leistungsstand der umA entsprechen.

Voraussichtlich noch im November 2016 kann die Hoffbauer Stiftung im Evangelischen Internat Hermannswerder 6 Plätze in einer sog. Verselbständigungsgruppe mit betreuungsfreien Zeiten anbieten.

Herr Liebe fragt, ob durch das Land pünktlich und in voller Höhe die Zahlungen geleistet werden und ob die Landeshauptstadt Potsdam die Zahlungen an die Träger pünktlich und vollumfänglich leistet.

Herr Tölke betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam die Zahlungen an die Träger pünktlich und in vollem Umfang leistet. Für die Zahlungen des Landes trifft diese Aussage nicht zu. Die Landeshauptstadt Potsdam bemüht sich um eine Lösung.

Herr Liebe bittet um erneute Information dazu in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Herr Tölke informiert, dass die **Novellierung der Richtlinie Kindertagespflege** zum 01.04.2017 erfolgen soll.

Die Novellierung hat folgende Schwerpunkte:

- Anpassung an den gesetzlichen Rahmen und klare Struktur
- angemessene und auskömmliche Förderung im Sinne einer guten bis sehr guten pädagogischen Arbeit – Pauschalfinanzierung und Regelung Mieten in Anlehnung an die Kita-Finanzierungsrichtlinie (Meilenstein in Kindertagespflege)
- Attraktivität der Kindertagespflege
- Vertretungsregelungen über die unterstützenden freien Träger der

## Kindertagespflege bei Ausfall einer Kindertagespflegeperson

Ein erstes sehr konstruktives Arbeitstreffen hat am 26.10.2016 stattgefunden, Änderungsvorschläge wurden geprüft und zum Teil eingearbeitet. Ein weiteres Treffen wird es noch im laufenden Jahr geben. Es wurde der Wunsch geäußert, den Beschluss der neuen Richtlinie um 2 bis 3 Monate zu verschieben, d.h. eine Beschlussfassung zum 01.04.2017 zu realisieren. Ebenso signalisierten die unterstützenden freien Träger weiteren Gesprächs- und Abstimmungsbedarf insbesondere für die avisierte Vertretungsregelung.

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) spricht die aktuell laufende europaweite Ausschreibung zur Leistung **Suchtprävention und Suchtberatung** an. Voraussichtlich erfolgt der Leistungsbeginn zum 01.04.2017. Für die Zeit vom 01.01.2017 bis zum 31.03.2017 wird eine Interimslösung herbeigeführt. Hierzu wurden im Rahmen einer freihändigen Vergabe mehrere Träger am 14.11.2016 angeschrieben und gebeten, ihr Angebot abzugeben. Die Abgabefrist endet zum 28.11.2016. Anschließend wird umgehend die Auswahl getroffen.

Herr Thomann teilt mit, dass es bereits zwei Runden gegeben hat, an denen auch Mitglieder des Jugendhilfeausschusses beteiligt waren. Die Hinweise der Vertreter des Jugendhilfeausschusses sind berücksichtigt worden.

Herr Schubert informiert, dass am 16.12.2016 die Vertragsunterzeichnung erfolgen soll.

Herr Liebe informiert, dass die Gespräche in guter Atmosphäre geführt wurden. Alle geschlossenen Kompromisse waren im Sinne des Jugendhilfeausschusses. Herr Wollenberg und Herr Liebe werden auch als beratende Mitglieder am Auswahlverfahren beteiligt.

Herr Schubert bittet die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, alle Träger, die sich an sie wenden und die sich bewerben wollen, direkt an den Fachbereich Soziales und Gesundheit zu verweisen und nicht das Verfahren zu gefährden.

Herr Otto bittet zu prüfen, ob die Bewertungsmatrix allen JHA-Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden kann.

Frau Frehse-Sevran hat gehört, dass einer der Bewerber geklagt hat und sich deshalb das ganze Verfahren verzögert.

Herr Schubert erklärt, dass eine Vergabeklage dazu führen kann, dass die Vergabe zunächst gestoppt wird.

Herr Ströber weist darauf hin, dass bestimmte Leistungen erbracht werden müssen. Die Träger haben folgenden Beschlussvorschlag erarbeitet:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in jedem Fall sicherzustellen, dass der Bereich Suchtprävention auf der Grundlage der erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes nach § 14 SGB VIII auch ab dem 01.01.2017 gewährleistet ist. Dem Jugendhilfeausschuss ist darüber am 15.12.2016 zu berichten.“

Herr Schubert weist darauf hin, dass dies durch die Verwaltung so umgesetzt wird. Ein Bericht am 15.12.2016 ist nicht möglich, da erst am 16.12.2016 die Entscheidung getroffen wird.

Frau Dr. Müller schlägt vor, den zweiten Satz des Beschlussvorschlages zu streichen.

Herr Kolesnyk stellt folgenden Antrag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, in jedem Fall sicherzustellen, dass der Bereich Suchtprävention auf der Grundlage der erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes nach § 14 SGB VIII auch ab dem 01.01.2017 gewährleistet ist. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

### zu 3 **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Herr Liebe informiert über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 15.11.2016. Der Unterausschuss hat sich intensiv mit der Vorbereitung des Jugendhilfeplanes 2019 befasst. Dabei wurde festgestellt, dass das System der Sozialraumorientierung in seiner Gesamtheit betrachtet werden muss und eine Neuausrichtung an den Erfordernissen angestrebt werden sollte. In der nächsten Sitzung wird sich der Unterausschuss mit dem Auftrag zur Evaluation befassen.

Frau Frenkler berichtet, dass die **AG Kita** am 08.11.2016 getagt hat. Sie macht deutlich, dass sie sich dann zu den einzelnen Tagesordnungspunkten äußern wird und nur kurz die anderen Themen anreißt, die in der AG besprochen wurden. Sie teilt mit, dass Herr Schubert die AG Kita besucht hat. Es wurde verabredet, dass der Beigeordnete die AG Kita einmal jährlich zu einer Beratung in sein Büro einladen wird.

Frau Frenkler informiert, dass es derzeit laut Aussage des Kita-Tipp keine unversorgten Kinder in Potsdam. Zurzeit werden in Potsdam 17.286 Plätze vorgehalten.

Sie betont, dass es eine gute Zusammenarbeit mit kobra.net zum Übergangsportfolio gibt.

Es gab eine Verständigung zu Regelungen für Kitas mit vielen Kindern in schwierigen Lebenslagen.

Die AG Kita hat sich gefreut, dass die Verwaltung beabsichtigt, die Pauschale für die Betreuung von Flüchtlingskindern auch für 2017 weiter zu zahlen und eine Vorlage dazu einzubringen wird.

Frau Elsaßer informiert, dass am 01.12.2016 von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr im Treffpunkt Freizeit eine **Expertenrunde zum Übergang Kita - Grundschule** in der Landeshauptstadt Potsdam stattfindet. Die Einladung zur Veranstaltung wird allen JHA-Mitgliedern über Frau Spyra zugeschickt.

Herr Ströber informiert, dass die **AG Hilfen zur Erziehung** am 15.11.2016 getagt hat. Die AG hat sich mit den Vormündern getroffen und die Schnittstellen besprochen. Es gab eine Verständigung über den Brandenburger Erziehungshilfetag, Dabei wurde festgestellt, dass Potsdam gut aufgestellt ist.

Die AG hat ihre Geschäftsordnung geändert. Frau Frehse-Sevran wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden und Herr Ströber zum Vorsitzenden der AG gewählt.

Herr Ströber verweist auf die Verhandlungen der freien Träger mit der Verwaltung zu den insofern erfahrenen Fachkräften, die durch die freien Träger für gescheitert erklärt wurden. Es wurde der Verwaltung jetzt signalisiert, dass das Ansinnen zurückgestellt wird, bisher gibt es aber keine Reaktion von Seiten der Verwaltung auf das Schreiben.

Herr Tölke erklärt, dass das Schreiben eingegangen ist. Die Verwaltung hat

umgehend mündlich mit den Trägern kommuniziert, dass nun der Vertragsabschluss erfolgen kann. Bisher wurden zwei Verträge geschlossen. Das Verfahren ist so, dass die Träger, die hier tätig werden wollen, sich an die Verwaltung wenden.

Herr Otto spricht die Reform des SGB VIII an und fragt, ob dazu ein Fachtag geplant ist.

Herr Ströber macht darauf aufmerksam, dass bisher noch kein Referentenentwurf vorliegt und somit auch keine Diskussionsgrundlage.

Herr Tölke berichtet, dass die inklusive Lösung voraussichtlich 2023 kommen wird.

Frau Altenburg informiert, dass die **AG Jugendförderung** seit der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses nicht getagt hat und sich am 08.12.2016 trifft.

Herr Papadopoulos teilt mit, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 3** am 18.11.2016 getagt und hat sich intensiv mit dem Thema Partizipation in der Jugendhilfeplanung befasst hat.

Herr Ströber teilt mit, dass der **RAK Waldstadt** beschlossen hat, ein zweites Treffen zum Förderprogramm PLUS durchzuführen. Es gibt gute Kontakte zu den Schulen. Nun ist es wichtig, dass das Programm auch wirklich durch die Verwaltung bearbeitet werden kann.

#### zu 4 **Bericht der Jugendvertretung**

Herr Koppe teilt mit, dass bereits eine Abstimmung mit den neuen Vertretern des Kreisschülerrates erfolgt ist.

Des Weiteren informiert er, dass er zum Jahreswechsel seinen Sitz im Jugendhilfeausschuss abgeben wird und Frau Kabitzke dann seine Stelle übernimmt.

#### zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 5.1 **Novellierung Kita-Finanzierungsrichtlinie (KitaFR) 2017 Vorlage: 16/SVV/0673**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Tölke bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Dabei geht er insbesondere auf die Änderungen ein.

Frau Frenkler macht deutlich, dass dringend an der Erarbeitung der weiteren Schritte gearbeitet werden muss. Sie gibt zu bedenken, dass lange Zeiträume für die Ergreifung von Maßnahmen zu Überlastungen der Erzieherinnen in den Einrichtungen führen werden.

Es wird dringender Bedarf gesehen, dass im nächsten Jahr weiter gearbeitet wird und nicht erst nach zwei Jahren. Sie betont, dass es bereits Verbesserungen gibt, was auch von allen so gesehen wird.

Die AG empfiehlt, den Zahltermin für die Abschläge beim 01. des Monats beizubehalten.



Herr Schubert dankt Herrn Bauch und Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) für das Engagement bei der Erarbeitung der Vorlage. Er teilt mit, dass der Finanzausschuss und der Ausschuss für Bildung und Sport sich mit der Drucksache befasst und diese einstimmig zum Beschluss empfohlen haben. Des Weiteren dankt er Frau Frenkler für die gute Zusammenarbeit.

Herr Otto schließt sich dem Dank an. Er verweist auf die teilweise hohen Belastungen, denen Erzieherinnen in den Einrichtungen mitunter ausgesetzt sind. Das vorliegende Papier ist ein guter Kompromiss, der aber fortgeführt werden muss.

Herr Bauch weist darauf hin, dass mit der Zahlung der Abschläge am 10. des Monats aus Sicht der Verwaltung ein guter Kompromiss gefunden wurde.

Frau Dr. Müller verweist auf die Aussage von Frau Frenkler und bittet, dies aufzuklären. Sie schlägt vor, aus dem Beschlusstext die Formulierung „spätestens alle 2 Jahre“ herauszunehmen. Der Jugendhilfeausschuss sollte verabreden, zu welchen Schwerpunkten wann weitergearbeitet werden soll, um den fortlaufenden Prozess unteretzt hinzubekommen.

Herr Schubert macht deutlich, dass diese Formulierung aus dem Beschlusstext gestrichen werden könne. Er gibt aber zu bedenken, dass dann der Zeitraum der Überprüfung auch länger werden kann.

Frau Dr. Müller schlägt vor, den Beschlusstext um folgenden Satz zu ergänzen: Dem Jugendhilfeausschuss ist am Ende eines jeden Jahres das Ergebnis der Überprüfung vorzulegen.

Herr Tölke weist darauf hin, dass der Kita-Dialog in anderer Form weitergeführt wird. Sobald es hier Erkenntnisse gibt, wird der Jugendhilfeausschuss informiert.

Herr Ströber regt an, den Zahltermin beim 01. des Monats zu belassen, da die Träger auch zum 01. des Monats arbeiten.

Herr Tölke bittet, dass dies mit der AG Kita besprochen werden sollte.

Frau Frehse-Sevran weist darauf hin, dass sich die AG Kita damit bereits eingehend beschäftigt hat.

Herr Bauch weist darauf hin, dass die Stadt monatlich insgesamt 6 Mio. Euro an die Träger auszahlt.

Frau Frenkler betont, dass die Träger dadurch in Zahlungsschwierigkeiten kommen können. Auf Nachfrage von Herrn Kolesnyk erklärt sie, dass der Zahltermin in der Richtlinie der bei der Erarbeitung gefundene Kompromiss ist. Die Realität müsse dann zeigen, ob dieser funktioniert oder nicht.

Herr Kolesnyk regt an, dann diesen Kompromiss im Ausschuss nicht abzuändern.

Frau Elsaßer weist darauf hin, dass sowohl die Träger wie auch die Verwaltung eine Planungssicherheit brauchen. Parallel zur Fortführung des Kita-ZOOM wird auch daran gearbeitet.

Der Vorschlag, die Pauschalen alle 2 Jahre zu überprüfen, dient der Umsetzung in der Praxis.

Frau Frenkler macht deutlich, dass es wichtig ist, nicht erst auf die Ergebnisse der Fortführung des Kita-ZOOM zu warten, sondern an den Pauschalen weiterzuarbeiten.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass die Überprüfung nicht zwingend auch Überarbeitung zur Folge hat. Sie macht deutlich, dass das Thema Essengeld dringend bearbeitet werden muss.

Herr Kolesnyk stellt den Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

**Ergänzungsantrag:**

Dem Jugendhilfeausschuss ist am Ende eines jeden Jahres das Ergebnis der Überprüfung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Anschließend stellt Herr Kolesnyk die so geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

1. Die „Richtlinie über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft in der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Finanzierungsrichtlinie – KitaFR)“ einschließlich der Anlage tritt mit Wirkung vom 01.01.2017 in Kraft.
2. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird beauftragt, die Kostenstrukturen und in der Folge die Höhe von Pauschalen fortwährend, spätestens alle zwei Jahre, unter Beachtung der landesweiten Ergebnisse aus dem Kita-Zoom-Projekt und dessen Fortführung zu überprüfen. Insbesondere sind in einzelnen Kostenbereichen für die Bestimmung von Pauschalen die Aufgaben/Leistungen unter dem Gesichtspunkt von Qualitätsstandards weiterzuentwickeln.

**Dem Jugendhilfeausschuss ist am Ende eines jeden Jahres das Ergebnis der Überprüfung vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 5.2 Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam 2016/2017**

**Vorlage: 16/SVV/0615**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Kita-Bedarfsplanung 2016/2017 vor. Dabei geht sie auf die Grundlage der Berechnung ein und erklärt die Berechnung der Planungsquoten.

Herr Wernicke (FB Kinder, Jugend und Familie) erläutert die Berechnung des Bedarfs. Er macht dabei deutlich, dass das Ist-Angebot dem Maximalbedarf angenähert werden soll.

Herr Otto fragt, ob es Auswirkungen auf die Zahl der Anmeldungen durch die Änderung der Elternbeitragsatzung gibt.

Frau Elsaßer nimmt an, dass dadurch die Zahl der Anmeldungen gestiegen ist.

Frau Dr. Müller verweist auf die Planungsziele und fragt, wo die Platzreserven zu finden sind und in welchem Umfang Platzreserven eingearbeitet wurden. Sie erklärt, dass ihr die nicht ordentlich abgestimmte Planung zwischen Schule und Hort Sorge bereitet. Dies erzeugt Lern- und Lebensumstände, die nicht zeitgemäß sind. Des Weiteren fragt sie, welche Planungsinstrumente es gibt, um diese unschöne Situation zu minimieren.

Herr Schubert erklärt, dass man im Blick behalten muss, dass alle kurzfristigen Änderungen von Zügigkeiten in den Schulen dazu führen, dass die Bereitstellung von Hortplätzen nicht mehr in angemessenem Rahmen erfolgen kann. Derzeit wird darüber beraten, wie man sich einer Prognoseplanung nähern kann. Dies wird allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Frau Dr. Müller betont, dass es in der Verwaltung klare Festlegungen geben muss, was zu tun ist, wenn sich an der Zügigkeit in einer Schule Änderungen ergeben.

Frau Elsaßer weist darauf hin, dass im gesamten Jahr 2016 intensiv mit dem Bereich Schule und dem Kommunalen Immobilien Service (KIS) die einzelnen Objekte betrachtet und geprüft wurden, um zu ermitteln welche Möglichkeiten es im Umfeld der Schulen gibt, um die Hortbetreuung sicherzustellen.

Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Schulpflicht, die vorrangig umgesetzt werden muss.

Abschließend macht sie deutlich, dass im Miteinander von Schule und Hort an einem Standort eine gute fachliche Arbeit in Kooperation zwischen Schule und Hort erfolgt.

Herr Kolesnyk informiert, dass sich der Ortsbeirat Fahrland ebenfalls mit der vorliegenden Drucksache befasst und folgendes Votum dazu abgegeben hat:

„Der Ortsbeirat Fahrland bittet den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam darum, dafür Sorge zu tragen, dass im Ortsteil Fahrland am Standort Gartenstraße/Mühlenring (Eisbergstücke) schon zum 01.09.2018 ein neuer Kindergarten in Betrieb genommen wird und nicht erst Ende 2019, wie in der Kita-Bedarfsplanung 2016/2017 aufgeführt.“

Herr Tölke weist darauf hin, dass hier bereits alle Voraussetzungen geschaffen wurden, um dies umzusetzen. Die entsprechende Ausschreibung des Grundstücks ist auf dem Weg. Die genannten Daten in der Anlage stellen keine Festlegung dar. Jede Kita, die früher fertig wird, ist zu begrüßen und wird auch früher in die Finanzierung aufgenommen.

Herr Liebe verweist auf einen Einzelfall, in dem die Kinder einer Fahrländer Familie im Potsdamer Süden in Kindertagesstätten untergebracht sind, anschließend fahren die Eltern zur Arbeit nach Berlin. Er bittet die Planungsverantwortlichen in der LHP, den Bevölkerungszuwachs ernst zu nehmen, da Anwohner in Fahrland nicht mit Kita-Plätzen im Ort versorgt werden

können.

Frau Elsaßer erklärt, dass mit der Planung auf unvorhersehbare Bedarfe reagiert wurde.

Herr Kolesnyk stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Bedarfsplan für Kindertagesbetreuung der Landeshauptstadt Potsdam  
2016/2017

1. Gemäß den Planungsquoten (siehe Anlage), unter Berücksichtigung von erstmals prognostizierten Faktoren, ergibt sich ein voraussichtlicher Gesamtbedarf von **18.964 Plätzen** in Kindertagesbetreuung im Kita-Jahr 2016/2017 (inkl. Tagespflege und anderen Betreuungsformen) in Potsdam. Der Gesamtbedarf unterteilt sich in 4.570 Plätze für Kinder von 0 bis unter 3 Jahren, 6.886 Plätze für Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt und 7.508 Plätze für Kinder im Grundschulalter.
2. Gemäß der IST-Erfassung aller Einrichtungen können für das Kita-Jahr 2016/2017 insgesamt **17.286 Plätze** in der Landeshauptstadt Potsdam bereitgestellt werden. Diese unterteilen sich in 3.683 Plätze für Kinder von 0 bis unter 3 Jahren, 6.095 Plätze für Kinder von 3 Jahren bis Schuleintritt und 7.508 Plätze für Kinder im Grundschulalter. Dieses Platzangebot wird sichergestellt durch 117 Einrichtungen bei 48 freien Trägern, 7 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKi), 4 pädagogisch begleitete Spielgruppen, 2 Eltern-Kind-Gruppen, eine Kurzzeitkinderbetreuung sowie 80 Tagespflegepersonen analog der sozialräumlichen Aufschlüsselung im Bedarfsplan (siehe Anlage).
3. Das Plus von **1.678 Plätzen**, welches sich aus der Differenz aus den im Punkt 1 bezifferten voraussichtlichen Bedarfen an Plätzen und den im Punkt 2 erfassten zur Verfügung stehenden Plätzen errechnet, soll die pflichtige Vorsorge treffen, um auf unvorhersehbare Bedarfe reagieren zu können.
4. Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie wird beauftragt den bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten entsprechend Punkt 1 voranzutreiben. Im Rahmen der Stadtentwicklung sind dazu geeignete Flächen für die Kindertagesbetreuung einzuplanen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>12</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 5.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Mehr Kita-Personal durch Co-Finanzierung der Stadt  
Vorlage: 16/SVV/0684**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Schubert teilt mit, dass die Elterninitiative die Möglichkeit erhalten hat, Fragen der Verwaltung zu stellen und davon bereits Gebrauch gemacht hat.

Er weist darauf hin, dass es mit dem Elternbeirat ein Gremium geben wird, mit dem dann daran gearbeitet wird.

Herr Tölke erklärt, dass der derzeitige Personalschlüssel ein Finanzierungsschlüssel ist.

Bei der Berechnung von Fehlzeiten hat sich die Verwaltung an die Vorgaben der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) gehalten.

Frau Elsaßer weist darauf hin, dass im Krippenbereich über die Hälfte der Kinder mehr als 8 Stunden täglich betreut werden. Im Kindergartenbereich verhält sich dies ähnlich.

Herr Meyer (Kitainitiative) weist darauf hin, dass es eine Arbeitsgruppe zwischen Politik und Verwaltung geben muss.

Herr Schubert betont, dass die Wahl des Elternbeirates abgewartet werden muss, um einen Gesprächspartner auf der Seite der Eltern zu haben, der über die Kitas in Potsdam als Ansprechpartner dient. Er sagt zu, dass bis dahin die Elterninitiative als Ansprechpartner fungiert.

Frau Frenkler verweist auf die Situation in den Einrichtungen und die Auswirkungen bei Ausfallzeiten. Derzeit wird zusammen mit den Eltern nach Lösungen gesucht. Es muss geprüft werden, wie dies schnell voran gebracht werden kann.

Herr Kolesnyk schlägt vor, den Bürgerhaushaltsantrag als Prüfauftrag zu votieren, da dies in der Arbeitsgruppe beraten werden muss.

Frau Dr. Müller stellt fest, dass an dem ersten Satz des Antrages bereits gearbeitet wird. Der zweite Satz wird auch erfüllt. Der Fokus sollte auf den tatsächlichen Betreuungsumfang gelegt werden. Die Landeshauptstadt Potsdam ist hier bereits auf einem guten Weg. Sie schlägt vor, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Schubert regt an, den Antrag in einer zweiten Lesung zu behandeln.

Herr Otto macht deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam hier auch in Vorleistung gehen kann.

Herr Liebe gibt zu bedenken, dass dann auch vorgeschlagen werden muss, wie die Mittel gedeckt werden sollen. Er schlägt vor, einen Prüfauftrag zu erteilen und diesen mit einem Termin zur Berichterstattung zu versehen. Die Berichterstattung könnte ggf. im Sommer 2017 erfolgen.

Herr Wollenberg weist darauf hin, dass der Haushalt im März 2017 beschlossen werden soll. Er spricht sich für die zweite Lesung aus.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass ein Arbeitsziel der Arbeitsgruppe sein soll, Schritte zu entwickeln, um sich dem zu nähern. Es sollte der Arbeitsgruppe nicht vorgegriffen werden.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass von Seiten des Landes auch Maßnahmen ergriffen wurden. Er spricht sich dafür aus, die Drucksache zurückzustellen und in einer der nächsten Sitzungen erneut zu beraten.

Herr Kolesnyk stellt die Zurückstellung des Antrags bis zur Januarsitzung 2017 des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

**zu 5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 7: Kita- und Hortgebühren anpassen und senken  
Vorlage: 16/SVV/0682**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Lahr-Eigen weist darauf hin, dass der Antrag 16/SVV/0682 im Widerspruch zur DS 16/SVV/0684 steht.

Herr Tölke verweist auf die Verabredung im Zusammenhang mit der Elternbeitragsatzung.

Herr Ströber und Herr Kulke bitten, den Antrag zurückzustellen.

Herr Schubert regt an, auch diesen Antrag in die Arbeitsgruppe zu geben. Auch der zu gründende Elternbeirat sollte sich verständigen.

Herr Kulke bittet um Information über die Ergebnisse des Gesprächs mit den Elternvertretern.

Herr Schubert weist darauf hin, dass der Elternbeirat im Januar 2017 gewählt wird. Er sagt zu, im Jugendhilfeausschuss über das Gespräch zu berichten.

Herr Kolesnyk stellt die Zurückstellung des Antrags bis zur Januarsitzung 2017 des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Zustimmungen

**zu 5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2017 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Bessere Betreuung für Schüler und Kinder mit Behinderung  
Vorlage: 16/SVV/0691**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Schubert schlägt vor, durch den Fachbereich Bildung und Sport den konkreten Mehrbedarf errechnen zu lassen.

Herr Wollenberg berichtet, dass der Bereich Schule im Ausschuss für Bildung und Sport darauf hingewiesen hat, dass die Schülerbeförderungssatzung nicht die Fahrten in den Ferien zum Hort beinhaltet.

Herr Kolesnyk stellt die Zurückstellung des Antrags bis zur Dezembersitzung 2016 des Jugendhilfeausschusses zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

**zu 6 Anträge**

**zu 6.1 Anerkennung des Trägers Neverland gGmbH gemäß § 75 SGB VIII  
Vorlage: 16/SVV/0724**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Liebe informiert, dass der Unterausschuss die Anerkennung des Trägers Neverland gGmbH gemäß § 75 SGB VIII empfiehlt, da alle formalen Grundlagen für die Anerkennung vorliegen.

Herr Kolesnyk erklärt, dass der Träger bisher mit dem Fachbereich Soziales und Gesundheit zusammenarbeitet. Von dort wurde signalisiert, dass die Zusammenarbeit gut funktioniert.

Herr Kolesnyk stellt die Drucksache zur Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt:**

Anerkennung des Trägers Neverland gGmbH als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage von Gesellschaftervertrag und Tätigkeitskonzept.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	11
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 6.2 Nachwahl einer/s AG- HzE-Vertreterin/s für den Unterausschuss  
Jugendhilfeplanung (UA)**

Vorsitzender des Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Liebe weist darauf hin, dass Frau Hübner krankheitsbedingt bereits längere Zeit nicht an den Sitzungen des Unterausschusses teilnehmen konnte und voraussichtlich auch noch für eine längere Zeit ausfallen wird.

Er findet es wichtig, dass eine Nachwahl eines Vertreters/einer Vertreterin der AG Hilfen zur Erziehung für Frau Hübner in den Unterausschuss erfolgt.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass Frau Hübner nicht klar signalisiert hat, dass sie aus dem Unterausschuss ausscheidet.

Herr Tölke ergänzt, dass ohne formales Niederlegen des Mandates keine Nachwahl erfolgen kann.

Herr Liebe teilt mit, dass Frau Hübner ihm gegenüber in einem Telefonat erklärt hat, dass sie mit einer Nachwahl einverstanden ist.

Frau Frehse-Sevran teilt mit, dass sie sich die AG Hilfen zur Erziehung dafür ausgesprochen hat in den Unterausschuss einen Vertreter zu entsenden, der bereits Mitglied im Jugendhilfeausschuss ist. Deshalb wird Herr Ströber vorgeschlagen.

Herr Kolesnyk schlägt vor, eine offene Abstimmung vorzunehmen, da es keine weiteren Vorschläge gibt.

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung darüber, dass Herr Ströber als Vertreter der AG Hilfen zur Erziehung in den Unterausschuss gewählt wird.

Herr Ströber wird einstimmig in den Unterausschuss gewählt.

**zu 7        Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 7.1     Betreuungsqualität in Potsdamer Kitas verbessern - Reale  
Betreuungszeiten berücksichtigen**

**Vorlage: 16/SVV/0704**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 8        Sonstiges**

Herr Kulke spricht die geplante Kontaktaufnahme des Ausschussvorsitzenden zur muslimischen Gemeinde an.

Herr Kolesnyk informiert, dass er den Kontakt aufgenommen hat. Aufgrund dessen aber derzeit die Raumsuche Priorität hat, ergab sich noch nichts Konkretes.

Herr Ströber berichtet, dass die Regionale Jugendhilfe AG 2 ihn gebeten hat zu informieren, dass die AG zwar seit der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses getagt habe, es aber nicht zu berichten gibt.

Herr Kolesnyk erinnert daran, dass die Dezembersitzung des Jugendhilfeausschusses im Jugendhaus OASE stattfindet.

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 15. Dezember 2016, 16:30 Uhr**

**David Kolesnyk  
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**